

- (A)
- Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
- Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26 a bis c auf:
- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)
- zu dem Antrag der Abgeordneten Markus Löning, Hans-Michael Goldmann, Michael Link (Heilbronn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
- Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen**
- zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Höfken, Rainer Steenblock, Matthias Berninger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- Förderung der EU nach Transparenz bei Subventionen im Agrarbereich vollständig umsetzen und die Neuausrichtung der Förderung vorbereiten**
- (B) – Drucksachen 16/2203, 16/2518, 16/5287 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Michael Stübgen  
Michael Roth (Heringen)  
Markus Löning  
Dr. Diether Dehm  
Ulrike Höfken
- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Matthias Berninger, Ulrike Höfken, Rainer Steenblock, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
- Förderung der EU nach Transparenz bei Subventionen für die Wirtschaft vollständig umsetzen und die Neuausrichtung der Förderung vorbereiten**
- Drucksachen 16/2517, 16/5288 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Michael Stübgen  
Michael Roth (Heringen)  
Markus Löning  
Dr. Diether Dehm  
Ulrike Höfken
- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)
- zu dem Antrag der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN (C)
- Agrarbeihilfeempfänger offenlegen**
- Drucksachen 16/1962, 16/3039 –
- Berichterstattung:  
Abgeordnete Dr. Georg Nüßlein  
Dr. Sascha Raabe  
Hellmut Königshaus  
Hüseyin-Kenan Aydin  
Ute Koczy
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.
- Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Michael Roth, SPD-Fraktion, das Wort.
- Michael Roth (Heringen) (SPD):**
- Guten Tag, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Denjenigen, die jetzt den Raum verlassen, wünsche ich ein wunderbares Wochenende. Bei denjenigen, die hierbleiben, bedanke ich mich ganz besonders. Es gibt sicherlich viel anderes zu tun, aber die Transparenzinitiative der Europäischen Union hat es durchaus verdient, dass wir uns noch 30 Minuten im Plenarsaal aufhalten; denn wir haben eine ganze Menge erreicht.
- (Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glauben Sie nicht, dass es mit Ihrem Tagesordnungspunkt getan ist! Schicken Sie nicht alle in einer halben Stunde nach Hause! So geht es nicht!) (D)
- Einige Kolleginnen und Kollegen müssen aus gutem, nachvollziehbarem Grunde nachsitzen. Aber sehen Sie es den Europapolitikerinnen und -politikern und den Landwirtschaftspolitikern unter uns nach, wenn wir uns nach diesem Tagesordnungspunkt von dannen machen, weil es im Wahlkreis noch einiges zu erledigen gibt.
- Wir haben als Parlament in den vergangenen Wochen und Monaten für die Bürgerinnen und Bürger und die Europäische Union eine ganze Menge erreicht; denn **Transparenz** schafft Vertrauen. Auf Vertrauen sind wir alle angewiesen, vor allem die Europäische Union. Niemand muss sich schämen, wenn er für sinnvolle Projekte Fördermittel der Europäischen Union erhält.
- (Beifall bei der SPD)
- In der vergangenen Woche hatte ich die Gelegenheit, mit unserem Staatsminister für Europa meinen Wahlkreis zu besuchen. Wir haben sogenannte Mikroprojekte besichtigt. Dabei handelt es sich um kleine Projekte im Umweltsektor, im Tourismusbereich oder in der Landwirtschaft, die nicht unbedingt viel Geld kosten, aber mit denen mit LEADER- und LEADER-plus-Mitteln der Europäischen Union sehr viel für einen eher strukturschwachen Raum erreicht wurde. Das kann man den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber auch durchaus offensiv und selbstbewusst vertreten.

**Michael Roth (Heringen)**

- (A) Transparenz schafft auch den notwendigen Raum für Reformen. Denn wir alle wissen, dass es gerade im Agrarbereich noch viel zu tun gibt. Es kann nicht in unserem Sinn sein, dass viele Subventionen zu den großen, multinational agierenden Agrokonzernen fließen. Wir sollten darauf achten, dass vor allem die mittelständisch geprägte, familienorientierte Landwirtschaft in Deutschland und in den Mitgliedstaaten von der EU-Förderung profitiert.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie mal zum Thema!)

Vor diesem Hintergrund war die Debatte um die Transparenz sicherlich hilfreich.

Es gab Bedenken, vor allem vonseiten der Bundesregierung. Es gab im Landwirtschaftsministerium Bedenken,

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Nein! Wir unterstützen das!)

aber auch im Wirtschaftsministerium. Ich freue mich, dass unsere Überzeugungsarbeit Früchte trägt. Zwischenzeitlich sind wir alle auf einem guten Weg. Ein besonderes Dankeschön spreche ich dem Auswärtigen Amt aus, das sich an die Spitze der Bewegung gestellt hat.

(Heiterkeit des Abg. Kurt Bodewig [SPD])

Denn auf europäischer Ebene haben wir im Sinne des Deutschen Bundestages die Haushaltsverordnung und Strukturfondsverordnung geändert. Meines Wissens wird auch die Agrarfinanzordnung in unserem Sinne geregelt,

(B)

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo ist denn das Landwirtschaftsministerium?)

sodass es keinen Anlass mehr gibt, Kritik zu üben. Insofern verstehe ich nicht, dass die Kolleginnen und Kollegen der Opposition an ihren Anträgen festhalten. Denn wir haben das erreicht, was wir von Beginn an wollten.

Lassen Sie mich noch einige Erwartungen formulieren. Erstens. Wir müssen darauf achten, dass sich die Länder kooperativ verhalten. Denn ein Großteil vor allem der Strukturfondsmittel wird nicht vom Bund, sondern von den Ländern verwaltet. Wir erwarten, dass die Länder umgehend und den Vereinbarungen auf EU-Ebene gemäß die entsprechenden Informationen der Öffentlichkeit zugänglich machen.

Ich bedaure, dass die Agrarfördermittel offensichtlich erst im Jahr 2009 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Ich erwarte für meine Fraktion auch einheitliche und nutzerfreundliche Standards für die Veröffentlichung. Daher unterstütze ich ausdrücklich die Bundesregierung, die fordert, dass die Informationen bei der EU-Kommission gesammelt werden; denn aus meiner Sicht liegt es im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, dass es ein Angebot im Internet gibt, bei dem man entsprechende Informationen gebündelt erhalten kann.

Ich bedaure – das sage ich in aller Offenheit –, dass es neben den vielen Anträgen der Opposition keinen Koali-

tionsantrag gibt. Wir haben uns seitens der SPD-Fraktion sehr darum bemüht. Aber die Debatten haben uns geholfen, alle unsere Ziele zu erreichen. Deswegen haben wir kein Problem damit, die Anträge der Opposition abzulehnen. (C)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegen Markus Löning, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Markus Löning (FDP):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es nicht so kurz vor dem Wochenende wäre! Das ist an Zynismus kaum zu überbieten, lieber Kollege Roth, was Sie gerade gesagt haben: Alles ist richtig, was die Opposition fordert. Deswegen müssen wir es ablehnen.

(Kurt Bodewig [SPD]: Der Unterschied ist: Wir haben es gemacht!)

Eines will ich klarstellen: Hier wird die Autorenschaft des Parlamentes reklamiert und gesagt, wir, das Parlament, hätten sehr viel erreicht. Nein, es ist der liberale Vizepräsident Siim Kallas, der etwas erreicht hat, weil er diese Transparenzinitiative auf den Weg gebracht hat. Es ist die FDP gewesen, die dieses Thema auf die Tagesordnung dieses Hauses gesetzt hat. (D)

(Beifall bei der FDP – Martin Zeil [FDP]: Das ist die Spitze der Bewegung!)

Lieber Michael Roth, ihr hättet euch weiter hinter eurem Koalitionspartner versteckt. Du hast es nicht ausgesprochen, aber es war die CSU, die das blockiert hat und weiterhin versucht, es zu blockieren.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Das stimmt ja hinten und vorne nicht!)

Es wurde gesagt, es könne erst 2009 veröffentlicht werden. Das ist doch eine Lachnummer. Wenn die Verwaltungen in der Lage sind, Geld auszuführen, dann wissen sie, wer das Geld bekommt und wie viel der Betreffende bekommt. Dann zu sagen: „Aus technischen Gründen ist es nicht möglich, vor 2009 diese Zahlen und diese Listen zu veröffentlichen“, ist, mit Verlaub, eine Verarschung der deutschen Öffentlichkeit und des Parlamentes.

(Widerspruch bei der CDU/CSU und der SPD – Kurt Bodewig [SPD]: Was für eine Wortwahl! – Michael Roth [Heringen] [SPD]: Nun mal ein bisschen runterkommen! – Dr. Uwe Küster [SPD]: Na, na, na!)

Diese Rede wird mitgeschrieben, abgeschrieben und Korrektur gelesen. Sie steht morgen früh im Netz, genauso wie die anderen Reden, inklusive Video. Da soll mir einer erzählen, es sei nicht möglich, existierende

Markus Löning

- (A) Listen vor 2009 zu veröffentlichen! Das ist schlichtweg eine Lachnummer. Der Bundesregierung geht es offensichtlich darum, eine vernünftige und fundierte Debatte über das Thema **Revision der Finanzen der EU** zu verhindern, die wir im nächsten Jahr zu führen haben. Das ist der wahre Grund, warum versucht wird, die Veröffentlichung zu verschieben.

(Beifall bei der FDP)

Ich will sagen, worum es bei dieser Transparenzinitiative geht. Gerade wir Liberale setzen uns immer sehr dafür ein, dass Betriebsgeheimnisse und die Privatsphäre geschützt werden. Aber man muss eines sehr klar sehen: In den letzten Jahren hat sich der Anspruch der Bürger an die Transparenz staatlichen Handelns deutlich verändert, genauso wie die Einstellung der Bürger zum Staat und speziell zur EU. Dem müssen wir nachkommen, indem wir unser Handeln transparenter gestalten. Zu oft beklagen wir, dass die Öffentlichkeit zu viel Misstrauen gegenüber dem Handeln der EU hat. Diese Initiative will dem Misstrauen dadurch entgegenwirken, dass sie EU-Handeln öffentlich und nachvollziehbar macht. Es geht nicht nur um die Zahlung von Subventionen, sondern auch darum, nachvollziehbar zu machen, welche Organisationen und welche Lobbyorganisationen in Verbindung zur Kommission stehen und welchen Einfluss ausüben. Wir sind der Meinung, dass es außerordentlich unterstützenswert ist, was die Kommission vorgeschlagen hat. Ich halte es für nicht richtig und für Feigheit der Regierungsfractionen, dass sie die Anträge der Opposition ablehnen. Das ist Heuchelei. Anders kann man das nicht nennen.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Gerade angesichts der Agrarzahllungen, die – das wird oft beklagt – einen Großteil der Zahlungen des EU-Haushaltes ausmachen, ist es für uns als politische Entscheider, aber auch für die Öffentlichkeit außerordentlich wichtig, nachzuvollziehen, wer wie viel Geld bekommt und in welche Strukturen es fließt. Hier wurde geäußert, die Mittel fließen nur in großindustrielle Strukturen. Darauf kommt es nicht an. Vielmehr kommt es darauf an, dass wir nachvollziehen können: Wer bekommt das Geld? Wie hoch sind die Summen? Erhalten die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe die Mittel oder die mittleren und großen Betriebe? Wie können wir die Mittelvergabe reformieren?

Wir können den Bereich der Agrarunterstützung nur dann sinnvoll reformieren, wenn wir wissen, wie die Ausgaben genau strukturiert sind. Deswegen ist es so wichtig, dass die Zahlen veröffentlicht werden, und zwar pronto. Es darf nicht weiter versucht werden, der deutschen Öffentlichkeit und dem Parlament vorzugaukeln, es gäbe da technische Probleme. Im Übrigen haben die Landwirtschaftsminister der Länder einen Bericht angefordert. Sie sagen, es sei technisch kein Problem, ihn zu erstellen. Woran es fehlt, ist nicht Technik, sondern politischer Wille. Wir erwarten von der Bundesregierung den politischen Willen. Die Zahlen müssen auf den Tisch des Hauses.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

(C)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Kollege Löning, Sie haben darauf hingewiesen, dass die Reden, die hier gehalten werden, sehr schnell publiziert werden, also auch Ihr unparlamentarischer Ausdruck, für den ich Sie ausdrücklich kritisiere.

Ich erteile das Wort Kollegin Veronika Bellmann, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Veronika Bellmann (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Löning, ich bin schon etwas über die unnötige Schärfe verwundert, die Sie in die Debatte gebracht haben, vor allem vor dem Hintergrund, dass es bei diesem Thema im Grunde genommen eine inhaltliche Übereinkunft gibt. Wir sind der Meinung: Wenn die inhaltlichen Forderungen der Opposition schon in die Stellungnahme der Bundesregierung eingeflossen sind, kann man die entsprechenden Anträge aus dem Vorjahr, die hier vorliegen, getrost ablehnen.

Der Deutsche Bundestag befasst sich heute mit dem Thema Transparenzinitiative. Vor fast einem Jahr hat die Europäische Kommission ein Grünbuch veröffentlicht, um die europäische Transparenzinitiative vom November 2005 voranzubringen. Es wird eine umfassende Information über die Verwaltung und Verwendung von EU-Geldern angestrebt. Dabei geht es um berufsethische Regeln bzw. um die Festlegung eines Rahmens für die Tätigkeit von Interessenvertretern und den viel gerühmten europäischen Lobbyisten, aber auch um das Thema Agrarbeihilfen und das Thema der Offenlegung der Vergabe von Strukturmitteln. Transparenz ist wichtig, gerade im Hinblick darauf, dass die Bürger unseres Landes wenig bis gar kein Vertrauen in die Europäische Union haben und dass es beim Verständnis in Sachen EU durchaus noch Nachholbedarf gibt.

(D)

Wenn ich in meinem Wahlkreis unterwegs bin, sehe ich viele Bauvorhaben, vor denen große Schilder mit der europäischen Flagge mit den zwölf Sternen stehen. Aber wer weiß schon, was dahintersteckt? Insofern ist Transparenz auch ein Mittel zur Stärkung der **Akzeptanz der EU**. Sie ist auch eine Garantie für den verantwortlichen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler aus den Mitgliedstaaten. Transparenz ist ein wirksames Mittel der Kontrolle sowohl der Fördermittelgeber als auch der Fördermittelverwalter und -empfänger. Natürlich ist sie auch eine effektive Barriere gegen Missbrauch.

Von den gesamten Mitteln der Europäischen Union werden 20 Prozent von der Europäischen Kommission direkt verwaltet; diese 20 Prozent unterstehen bisher schon einer Publizitätspflicht. Doch für jene 80 Prozent, die von Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten ausbezahlt werden, besteht bisher noch keine Publizitätspflicht. Nach den Darstellungen der Kommission legen bereits jetzt elf Mitgliedstaaten die notwendigen Informationen offen. Nicht immer wird aber ein vollständiger Zugang gewährt; teilweise geschieht dies nur auf An-

Veronika Bellmann

- (A) frage. Hier gibt es viele Variationen. Dieser Variantenreichtum führt zu unserer berechtigten Forderung – Herr Roth hat es vorhin schon anklingen lassen –, hierfür einen für alle Mitgliedstaaten anwendbaren einheitlichen Rechtsrahmen zu schaffen. Dadurch wäre auch ein einheitlicher Umgang mit allen Empfängern garantiert und die Vergleichbarkeit hergestellt. Das ist ebenfalls ein wesentliches Element der Transparenz.

Der Sinn und Zweck des Grünbuchs der EU ist auch, Meinungen aus den Mitgliedstaaten über die Verpflichtung zur Offenlegung und die Modalitäten einer Informationsweitergabe an die Öffentlichkeit einzuholen. Die Bundesregierung hat ihre Meinung mit ihrer Stellungnahme kundgetan. Darin steht die Forderung, allen Mitgliedstaaten einen einheitlich anwendbaren Rechtsrahmen durch die EU-Kommission zu übertragen.

Zurück zum Thema Transparenz. Transparenz heißt für mich, dass nicht nur die Angaben offengelegt werden, sondern dass auch klar ist, wer für die Offenlegung der Angaben verantwortlich ist. Einzelne Mitgliedstaaten haben verschiedene Definitionen zur Ausgestaltung einer Übersicht, verschiedene Definitionen des Zeitpunktes usw. Meines Erachtens muss die Europäische Kommission als oberste Behörde für die Offenlegung verantwortlich sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Das heißt, es muss eine Stelle geben, bei der alle Mittelempfänger der Mitgliedstaaten ihre Meldung machen, und es muss eine Seite im Internetbereich der Europäischen Kommission geben, auf der die Daten anschließend zu finden sind, und zwar nach einem einheitlichen Muster. Selbstverständlich muss es eine Frist geben, innerhalb welcher die Daten der bereits genehmigten Projekte vorgelegt werden müssen. Es darf also kein zwischenstaatliches Hickhack geben, sondern es muss ein Ansprechpartner vorhanden sein. Nur dann kann eine wirkliche Transparenz gewährleistet sein. Die Übersichten sollten auch keine sprachlichen Barrieren aufweisen. Auch diese sind hin und wieder ein Hinderungsgrund für echte Transparenz.

Eine Frage, die mich in diesem Zusammenhang beschäftigt, ist das Problem der Folgen und der **Haftung**. Ich spreche hier nicht von Datenschutzbedenken. Das ist im Übrigen auch in Ihrem Antrag angeklungen, Herr Löning, wo Sie von verantwortlicher Abwägung des öffentlichen Interesses gegenüber dem Schutz von personenbezogenen Daten und Geschäftsgeheimnissen sprechen. Das können wir eins zu eins mittragen.

(Markus Löning [FDP]: Ein hervorragender Antrag! Dann machen Sie das doch!)

– Das ist in der Stellungnahme der Bundesregierung schon enthalten. Deswegen brauchen wir über die Anträge nicht abzustimmen. Das ist doch vollkommen klar.

(Markus Löning [FDP]: Warum lehnen Sie den Antrag dann ab?)

Ich spreche nicht von Datenschutzbedenken, sondern schlichtweg davon, dass es im Zusammenhang mit der Offenlegung dieser Informationen durchaus zu einer ge-

wissen Neiddiskussion und zu Konkurrenzdenken kommen kann. Man muss bedenken, dass bei der Auswertung der veröffentlichten Daten nicht nur der Erfolg und die Effektivität der Gemeinsamen Agrarpolitik – auf die stelle ich hier hauptsächlich ab – geprüft werden, sondern dass die Kritiker der Gemeinsamen Agrarpolitik, die bemängeln, dass 40 Prozent des EU-Haushalts in die Agrarsubventionen gehen,

(Markus Löning [FDP]: Das stimmt aber auch!)

diese Informationen gegen Agrarsubventionen instrumentalisieren könnten. Da müssen wir sehr vorsichtig sein. Auch das ist eine Begründung für die Forderung eines einheitlichen Rechtsrahmens.

(Markus Löning [FDP]: Hört! Hört! Jetzt hören wir die wahren Motive für die Verschleierung!)

Die Fördermittelempfänger können auch fragen, wen man dafür haftbar machen kann, wenn der Nachbar für ein ähnliches Projekt unter gleichen Voraussetzungen mehr Fördermittel bekommen hat. Wer ist der Ansprechpartner bei diesen Beschwerden und der Adressat solcher Anfragen? Welche Auswirkungen hat eine vollkommene Transparenz auf Ermessensspielräume der Verwaltung? Das sind alles Fragen, die noch geklärt werden müssen.

Die Verfahren müssen allerdings so ausgeprägt sein, dass sie nicht mehr **Bürokratie** bedeuten.

(Martin Zeil [FDP]: Das wäre schön!)

Es ist ja zu befürchten, dass immer dann, wenn die EU eine neue Aufgabe übernimmt, eine zusätzliche Agentur eingerichtet wird.

(Martin Zeil [FDP]: Leider wahr!)

Ich möchte nicht, dass anschließend eine „Transparenzagentur“ ins Leben gerufen wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Markus Löning [FDP]: Die Listen gibt es! Sie müssen nur ins Netz gestellt werden!)

Ich möchte noch die **Bagatellgrenze** erwähnen, zu der es Meinungsverschiedenheiten in der Bundesregierung gegeben hat. Deshalb ist es auch zu den Verzögerungen gekommen, die wir hier beklagen. Ich glaube, wir sind uns einig: Wenn wir veröffentlichen, veröffentlichen wir alles. Dann brauchen wir auch keine Bagatellgrenze. Wenn wir Transparenz wollen,

(Markus Löning [FDP]: Wollen Sie denn überhaupt Transparenz?)

dann muss sie vom ersten Euro bis zum millionsten Euro gelten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich fasse zusammen: Wir plädieren für eine Offenlegung aller Fonds, auch im Bereich der Agrarsubventionen. Wir sind gegen die Einführung von Bagatellgrenzen. Wir plädieren dafür, dass die Veröffentlichung nicht nach individuellen Festlegungen der Mitgliedstaaten im

**Veronika Bellmann**

- (A) Einzelnen, sondern nach einheitlichen, allgemeingültigen Kriterien und Maßstäben der EU-Kommission zu erfolgen hat.

(Markus Lönning [FDP]: Und Sie stimmen unserem Antrag zu!)

– Wir brauchen Ihrem Antrag nicht zuzustimmen, obwohl wir ihn inhaltlich durchaus mittragen, weil seine Inhalte in der Stellungnahme der Bundesregierung schon enthalten sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegen Hüseyin Aydin, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Hüseyin-Kenan Aydin (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Besitzer von Aldi und Lidl gehören zu den reichsten Menschen in Deutschland. Sie haben ihr Vermögen auf dem Rücken der Beschäftigten gemacht. Sie sind auch deshalb so reich, weil sie die bäuerlichen Betriebe immer mehr an die Wand drücken. Die Einzelhandelsketten zahlen für 1 Liter Milch nicht mehr als vor 20 Jahren. Ein Milchbauer mit 50 Kühen verdient heute deshalb so wenig, dass er seine Familie davon nicht mehr ernähren kann. Ich betone: Es ist absolut berechtigt, dass die Milchbauern vom Staat unterstützt werden. Nur: Wir von der Linken wollen Transparenz; denn bei den großen Beihilfeempfängern handelt es sich nicht allein um die kleinen Bauern. Es geht um Konzerne, es geht um Minister, und es geht sogar um Königshäuser.

(B)

Ich nenne Ihnen Beispiele: 2005 kam heraus, dass in Holland die Nahrungsmittelkonzerne Nestlé und Campina in fünf Jahren 900 Millionen Euro an EU-Ausfuhrbeihilfen geschenkt bekamen. Landwirtschaftsminister Veerman selbst strich 150 000 Euro an Beihilfen ein. Königin Elisabeth und Prinz Charles von England erhalten pro Jahr 1,5 Millionen Euro aus Brüssel. Wir wissen das, weil in 13 europäischen Ländern Namen und Zahlen offengelegt wurden.

Doch was ist mit Deutschland? Allein zur Unterstützung des Agrarexports werden bei uns jährlich über 500 Millionen Euro ausgezahlt. Wer erhält dieses Geld? Sind es Bauern? Sind es Minister? Sind es Konzerne? Sind es Abgeordnete? Das habe ich im Februar 2006 von der Bundesregierung in einer Kleinen Anfrage wissen wollen. Doch in der Antwort wurde jede konkrete Auskunft verweigert. Wenn eine Regierung in der Dritten Welt vertuscht, wohin EU-Entwicklungshilfegelder fließen, dann nennt die Bundesregierung das „schlechte Regierungsführung“. Aber wenn sie selbst die Namen der EU-Subventionsmillionäre offenlegen soll, dann beruft sie sich auf den **Datenschutz**. Ich sage Ihnen: Das ist eine Heuchelei.

(Beifall bei der LINKEN)

(C) Die Wahrheit muss der Bundesregierung regelrecht abgerungen werden. Das ganze letzte Jahr hindurch haben Nichtregierungsorganisationen und Opposition für mehr Transparenz bei den Agrarsubventionen gekämpft. Im November einigten sich die EU-Kommission und das EU-Parlament endlich darauf, alle Länder auf die Veröffentlichung der Daten zu verpflichten. Das ist ein großer Erfolg. Doch seitdem versucht Wirtschaftsminister Glos mit immer neuen Tricks, die Transparenzpflicht hinterherum zu verwässern. Wir von der Linken sagen: Hören Sie endlich auf mit dieser Trickserei!

Subvention ist nicht gleich Subvention. Stützungszahlungen für bäuerliche Familien sind eine soziale Maßnahme. **Ausfuhrbeihilfen** an Nahrungsmittelkonzerne aber zerstören die Grundlage der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Wir von der Linken sind dagegen, dass EU-Milchpulver zu Dumpingpreisen die Viehzüchter in Schwarzafrika ruiniert. Die Offenlegung der Agrarsubventionen ist deshalb überfällig. Sie muss schnellstmöglich auf europäischer Ebene geregelt werden.

Die Veröffentlichung muss sich an den realen gesellschaftlichen und ökologischen Leistungen der landwirtschaftlichen Betriebe orientieren. Es muss klar sein, ob die Gelder in die Massentierhaltung, in den Öko-Landbau oder in den Vorruhestand fließen. Es muss klar sein, ob der Konzern Südzucker Geld für den Export erhält oder für den Anbau von Pflanzen, aus denen man Energie erzeugen kann. Die Menschen im Lande haben ein Recht darauf, zu wissen, wohin ihre Steuergelder fließen.

(D)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegin Bärbel Höhn, Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen.

**Bärbel Höhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass diese Debatte durch die Redebeiträge sowohl der FDP als auch der Linken konkretisiert worden ist. Denn wir reden nicht nur abstrakt über eine Transparenzrichtlinie, sondern wir reden ganz konkret darüber, was das für die Menschen bedeutet.

Es geht darum, dass wir wissen wollen, wohin 45 Prozent des EU-Haushalts fließen. Sind die Gelder gut angelegt, sind sie effizient angelegt? Bekommen sie wirklich die Kleinbauern, die dafür jeden Tag harte Arbeit leisten, oder bekommen sie solche, bei denen wir uns fragen, ob das wirklich angebracht ist? Ich würde zum Beispiel gern wissen wollen, wie viel Geld RWE in Deutschland für die Rheinbraun-Abbaugelände, also die Gebiete, in denen die Braunkohle abgebaut wird, aus dem Agrarhaushalt bekommt. Das würde mich interessieren. Die Frage ist, ob es sinnvoll ist, RWE dafür Geld zu geben, oder ob dieses Geld nicht besser an die Bauern fließen sollte, die mit harter Arbeit die landwirtschaftlichen Produkte erzeugen. Genau um diese Fragen geht es.

**Bärbel Höhn**

- (A) Die Bürgerinnen und Bürger von **Großbritannien** können im Internet nachsehen, was das Königshaus an Subventionen bekommt. Da, liebe Kollegen von der CDU und der CSU, gibt es keine Neiddebatte. Warum nicht? – Weil das transparent ist. Eine Neiddebatte gibt es nur dort, wo die Daten nicht veröffentlicht werden und die Leute deshalb anfangen zu spekulieren, wer was bekommen könnte. Das ist doch der Ausgangspunkt für eine Neiddebatte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wissen, dass 20 Prozent der Betriebe 80 Prozent der Subventionen bekommen. Darüber wollen wir mehr erfahren: Woran liegt das? Ist das immer gerechtfertigt? – Jedes Programm der Bundesregierung und jedes Programm der Landesregierungen wird evaluiert, indem geprüft wird, ob das Geld wirklich sinnvoll eingesetzt ist. Wir haben doch nicht so viel Geld, dass wir es, egal was damit passiert, einfach so ausgeben können. Wir müssen das doch überprüfen; das sagen auch die Bürgerinnen und Bürger. Es sind doch Steuergelder, die da verwendet werden, und zwar nicht zu knapp.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Markus Löning [FDP])

Gerade deshalb ist es wichtig, zu sagen, an wen die Subventionen gehen und für was sie gezahlt werden. Gerade dann, wenn man die Öffentlichkeit scheut, werden Agrarsubventionen infrage gestellt. So erreichen Sie das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Deshalb ist es wichtig, auf Transparenz zu bestehen.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Veronika Bellmann [CDU/CSU]: Wir wollen doch Transparenz! Haben Sie die Stellungnahme der Bundesregierung nicht gelesen?)

Wie sehr die Bundesregierung in diesem Punkt mauert, habe ich in einer Fragestunde vor gut einem Jahr, nämlich am 5. April 2006, gemerkt. Da habe ich Staatssekretär Paziorek nämlich danach gefragt. Er hat sich damals zu der Auffassung verstiegen, die Bundesregierung sei der Meinung, diese Subventionen seien **Betriebsgeheimnisse** und dürften deshalb nach deutschem Recht nicht veröffentlicht werden.

(Markus Löning [FDP]: Das hat er streng abgelehnt!)

Ich habe ihn gefragt, wie das politisch zu bewerten sei. Darauf hat er gesagt, die Veröffentlichung sei nicht sinnvoll. – Das ist das eigentliche Motiv, das dahintersteckt.

Nun müssen Sie dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben und peu à peu veröffentlichen. Aber was tun Sie? Sie versuchen nicht, die Veröffentlichung aktiv zu befördern, wie dies in Großbritannien und 13 anderen Ländern schon vor längerer Zeit geschehen ist. Nein, Sie wollen das erst im Jahr 2009 machen. Das ist wieder ein großer Fehler; denn wir brauchen die Daten doch schon im Jahr 2008, weil wir dann darüber diskutieren, was wir in der nächsten Förderperiode der Landwirtschaft machen.

(Beifall des Abg. Markus Löning [FDP])

(C)

Die **Verschleppung der Veröffentlichung** führt dazu, dass wir in Deutschland keine Vorschläge machen können, wie wir die Agrarsubventionen in der nächsten Periode effizient einsetzen. Das ist nicht in Ordnung. Das müssen wir Ihnen als Vorwurf entgegenhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Setzen Sie sich an die Spitze der Bewegung in der Bundesregierung. Es wäre sinnvoll, das zu tun. Lassen Sie die Verzögerungstaktik. Legen Sie die Zahlen auf den Tisch. Ich bin sicher, dass ein hart arbeitender Bauer sehr gut erklären kann, warum er welche Subventionen bekommt.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich erteile das Wort Kollegin Waltraud Wolff, SPD-Fraktion.

**Waltraud Wolff** (Wolmirstedt) (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An dieser Debatte wird deutlich, dass sich alles um eine zentrale Frage dreht: Wollen wir wirklich, dass die Menschen in Europa nachvollziehen können, welche Wirkungen die gemeinsame Politik entfaltet? Diese Frage ist in dieser Debatte entscheidend.

Sicherlich ist richtig, dass Transparenz ihre Grenzen hat. **Persönlichkeitsrechte und Geschäftsgeheimnisse** müssen geschützt werden. Klar ist aber, dass wir diese Rechte nicht missbrauchen und berechnete Bedürfnisse nach Information nicht verweigern dürfen. Das schadet letztlich allen: denjenigen, die ein Recht auf den Schutz haben, vor allem aber den Bürgerinnen und Bürgern, von denen wir wollen, dass sie der Politik vertrauen, was sie hoffentlich auch tun.

Die Diskussion über Transparenz ist für uns Politiker nicht einfach; das wird auch an der heutigen Debatte deutlich. In den Medien wird es zu großen Schlagzeilen kommen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Wir müssen erklären, warum bestimmte Unternehmen Subventionen erhalten. Da die EU-Agrarkommissarin Fischer Boel die Transparenzinitiative explizit mit der Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik verbunden hat, spreche ich als Landwirtschaftsministerin zu diesem Thema.

Warum hat die EU-Kommissarin das getan? Insbesondere in der Agrarpolitik lässt sich beobachten, welche Folgen mangelnde Offenheit hat. Für die meisten Menschen bedeutet die EU-Agrarpolitik noch immer die superteure Förderung von Überproduktion. Wir Fachpolitiker wissen, dass das schon lange nicht mehr der Fall ist.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum machen Sie es dann nicht transparent? Sind Sie nicht in der Koalition?)

(D)

**Waltraud Wolff (Wolmirstedt)**

- (A) Aber die Logik der Menschen ist: Wer nicht bereit ist, etwas offenzulegen, hat etwas zu verbergen.

(Beifall bei der SPD – Volker Beck [Köln]  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, so ist es!  
Die Koalition hat etwas zu verbergen!)

Genau dieser Auffassung müssen wir offensiv entgegen-treten.

Natürlich wird die Diskussion aufkommen, welche Wirkungen unsere **Agrarexportsubventionen** haben. Wir werden uns die Frage stellen lassen müssen, warum die Industrieländer 349 Milliarden Dollar für Produktions- und Exportsubventionen ausgeben. Wir werden uns auch fragen lassen müssen, warum wir damit niedrige Exportpreise fördern und so die lokale Produktion in den Entwicklungsländern verhindern.

Mit den Vorschlägen, die wir im Rahmen der Doharunde gemacht haben, haben wir diese Fragen bereits aufgegriffen. Nun müssen wir deutlich machen, dass wir diese Politik ernsthaft fortführen werden. Die Transparenzrichtlinie bietet uns die große Chance, zu erklären, warum landwirtschaftliche Betriebe finanzielle Unterstützung brauchen. Das Ziel der Agrarpolitik ist, Leistungen in der Landwirtschaft für besonders hohe Qualität, für die Umwelt und für die Gesellschaft zu honorieren. Fest steht: Diese Leistungen werden am Markt nicht bezahlt, jedenfalls nicht mit der deutschen Geiz-ist-geil-Mentalität.

- (B) Für mich als Abgeordnete aus den neuen Bundesländern ist es besonders wichtig, aufzuzeigen, warum große Betriebe **Ausgleichszahlungen** bekommen und warum sie notwendig sind. Wenn wir zum Beispiel die durch die Extensivierung entstehenden höheren Kosten ausgleichen, dann fallen diese Kosten für alle an: für die kleinen Betriebe genauso wie für die großen Betriebe. Wenn man sich dann noch vor Augen führt, wie viele Arbeitnehmer in den großen Betrieben in Ostdeutschland beschäftigt sind, und zwar sozialversicherungspflichtig,

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau! Das ist sehr wichtig! Das darf man nicht vergessen!)

und dass das Dorfleben sehr oft von einer einzigen Agrargenossenschaft am Ort abhängig ist, dann ist es folgerichtig, dass Obergrenzen für Direktzahlungen aus deutscher Sicht abzulehnen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Über eine lineare Degression kann man reden. Aber Obergrenzen sind abzulehnen. An dieser Stelle danke ich der Bundesregierung, die dazu eindeutig Stellung genommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Offenlegung der Fördersummen muss aber – auch das sage ich in Richtung Bundesregierung – mit **Betriebsdaten** wie der Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer unterlegt werden. Die Zahlen allein dokumentieren überhaupt nichts. Was für die Agrarförderung gilt, gilt natürlich auch für die Strukturfonds.

(C) Ich sage Ihnen eines: Lassen Sie uns alle gemeinsam endlich etwas mutiger werden. Das hilft den Menschen, Politik zu verstehen, und es hilft auch, Schwachstellen, die vielleicht gerade nicht in der Landwirtschaft liegen, aufzuzeigen.

Zwei Bitten habe ich zum Schluss. Erstens. Es ist hier schon angesprochen worden: Die Bundesregierung sollte im Interesse der Betriebe und auch einer sachlichen Diskussion ihren **Zeitplan** überdenken und in 2008 alle Daten veröffentlichen – und sie sollte sie selbst veröffentlichen und dies nicht an die Kommission abgeben. Wir selbst haben es in der Hand. Wir können einen gemeinsamen Rahmen beschließen, aber die Mitgliedstaaten sollten selber veröffentlichen.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Darüber können wir reden!)

Die zweite Bitte – das ist hier heute überhaupt noch nicht angesprochen worden – richte ich an die Landesparlamente. Ich fordere die Landesparlamente von hier aus auf, sich zu positionieren und konstruktiv an der **Datenerfassung** mitzuarbeiten. Das ist gar nicht so schwierig, aber die Kolleginnen und Kollegen in den Landtagen müssen sich damit auseinandersetzen.

Ich bitte Sie, lassen Sie uns gemeinsam die knappe Zeit und auch die inhaltlichen Chancen, die in diesem Thema stecken, nutzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Europäische Transparenzinitiative aktiv unterstützen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5287, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/2203 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung von Linken und Grünen und Ablehnung der FDP angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5287 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/2518 mit dem Titel „Forderung der EU nach Transparenz bei Subventionen im Agrarbereich vollständig umsetzen und die Neuausrichtung der Förderung vorbereiten“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD bei Enthaltung der Linken und Ablehnung von FDP und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse**

(A) Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu dem Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Forderung der EU nach Transparenz bei Subventionen für die Wirtschaft vollständig umsetzen und die Neuausrichtung der Förderung vorbereiten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5288, den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/2517 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen wie zuvor angenommen.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Agrarbeihilfeempfänger offenlegen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/3039, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/1962 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP bei Enthaltung der Grünen und Ablehnung der Linken angenommen.

(B)

(C)

(D)